

schweren, dass Sie im Weiterbildungsbereich erhebliche Streichungen vornehmen zulasten der VHS, insbesondere im ländlichen Raum. Ich erlebe, dass man sich darüber beschwert, dass Sie Ihre eigenen Ankündigungen im Jugendhilfebereich unisono nicht einhalten.

Wenn Sie das ernsthaft zum Anlass nehmen, von einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zu reden, dann haben Sie die Stellungnahmen nicht gelesen, nicht zur Kenntnis genommen, oder Sie haben einen Traum geträumt, in dem Sie gut vorkommen, aber der Rest der Welt das alles akzeptieren muss, was Sie hier veranstalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Gemeindefinanzierungsgesetz nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen damit zur **Abstimmung** zum **Gemeindefinanzierungsgesetz**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge entsprechend den laufenden Nummern 34, 35 und 115 der vorliegenden Übersicht.

Ich lasse über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/1774** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse nun über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Drucksache 14/1775** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/1769**. Antragstellerin ist ebenfalls die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Antrag ist heute als Tischvorlage verteilt worden. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, weitere Änderungsanträge zum Gemeindefinanzierungsgesetz liegen mir für die zweite Lesung nicht vor.

Damit lasse ich über das Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 14/1102 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 abstimmen. Wer dem Gemeindefinanzierungsgesetz so zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das **Gemeindefinanzierungsgesetz** mit den Stimmen von CDU und FDP

(Beifall von CDU und FDP)

gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Über die Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden wir morgen am Schluss der Beratung aller Einzelpläne entscheiden.

Meine Damen und Herren, bevor ich Einzelplan 05 aufrufe, gestatten Sie mir einen Hinweis. Ich hatte heute zwei Besuchergruppen. Diese und, wie mir der Besucherdienst bestätigt hat, auch alle anderen Besuchergruppen haben heute sehr den Ablauf der Plenardebatte kritisiert. Vielleicht gelingt es uns bei den verbleibenden Punkten, den Rednern etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb bitte ich alle, die den Raum verlassen wollen, dies leise zu tun und nicht in Grüppchen das Gespräch zu suchen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Einzelplan 05** auf:

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1705, die Änderungsanträge der SPD mit den Nrn. 36 bis 41 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nrn. 42 und 43.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und gebe als erster Rednerin für die Fraktion der SPD der Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bedanke mich noch einmal für Ihren Hinweis, Frau Präsidentin, dass Sie dem Einzelplan 05 besondere Bedeutung beimessen. Ich freue mich auch, dass das Auditorium etwas größer ist als bei den anderen Einzelplänen. Der Stellenwert ist da richtig angesetzt.

Ich möchte aufnehmen, was vorhin schon von Herrn Becker und zuvor von vielen anderen formuliert worden ist. Auch für den Einzelplan 05 gelten die Wörter: „versprochen – gebrochen“.

(Beifall von der SPD)

Diese Wörter ziehen sich tatsächlich wie ein roter Faden durch Ihr Regierungshandeln. Für den Bil-

dungsbereich kann ich sagen: Sie haben in elf Monaten das komplette Vertrauenspotenzial in der Bildungspolitik verspielt.

(Beifall von der SPD)

Es hagelt Proteste. Wir haben eben schon gehört: Nicht nur beim GFG, sondern auch im Bildungsbereich, beim neuen Schulrechtsänderungsgesetz laufen die kommunalen Spitzenverbände Sturm. Das müsste Ihnen doch irgendwann einmal zu denken geben. Sie machen hier heute eines: Von der so wichtigen staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft, die ihr Gesellenstück – ich nenne es einfach einmal so – beim Aufbau von 1.400 Ganztagsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, verabschiedet sich Schwarz-Gelb Zug um Zug mit diesem zweiten Schulrechtsänderungsgesetz. Es ist ein Rückschritt in die 50er-Jahre. Aber die Rolle rückwärts ist bekanntlich schon vor längerer Zeit zur Turnübung unseres Ministerpräsidenten geworden, besser bekannt auch als „Rolle Rüttgers“.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Der Ausbau des Ganztags an unseren Schulen ist für die SPD ein ganz zentrales bildungspolitisches Thema. Deshalb haben wir zum Haushalt 2006 einen Einstieg in den Ganztagsmodell auch für Realschulen und Gymnasien beantragt. Das haben CDU und FDP im Fachausschuss abgelehnt. Sie konzentrieren sich bei Ihrem Ganztagsmodell schlicht und einfach auf ein verpflichtendes System von Klasse 5 bis Klasse 10 ausschließlich an Hauptschulen und Förderschulen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Gut gemeint, aber schlecht gemacht.

(Ralf Witzel [FDP]: Falsch! Unrichtig!)

Zum einen stigmatisieren Sie den Ganztagsmodell als Modell für besonders zu fördernde Kinder und Jugendliche und verhindern, dass er zum Normalfall an nordrhein-westfälischen Schulen wird.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE] –
Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

Zum anderen werden die Eltern aller Kinder an den Grundschulen im Ganztagsmodell den berechtigten Anspruch nach einem Folgemodell an allen Schulformen stellen. Wie gehen Sie damit um, wenn dieser Anspruch demnächst an Sie gerichtet wird? Bildung, Erziehung und Betreuung brauchen mehr Zeit – aber an allen Schulen der Sekundarstufe I.

(Beifall von SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Zu allem Überfluss lassen Sie die Kommunen allein mit dem Problem, wie die Unterrichtsausweitung am Gymnasium in den Klassen 5 und 9 ohne Ganztagsausstattung bewerkstelligt werden kann.

Von einer Fortsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe hört man überhaupt nichts mehr, seit Minister Laschet den Jugendbereich übernommen hat.

(Zustimmung von der SPD)

Wir nehmen ihn wahr – ich sage das hier ausdrücklich – als Integrationsminister. Aber ausgerechnet da streichen Sie ihm die Mittel. Es wird sich zeigen, dass es ein Fehler war, die Bereiche Jugend, Kinder und Schule zu trennen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben zwar einen Integrationsminister bekommen. Aber nichts, aber auch gar nichts ist mehr zu hören von einem Kinderminister oder von einem Jugendminister. „Versprochen – gebrochen“: Der Devise bleiben Sie treu, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP. Noch kein Jahr an der Regierung und schon so entzaubert! Wenn Sie wenigstens nicht alle Versprechen aus der Zeit vor der Wahl in den Koalitionsvertrag geschrieben hätten, dann hätten Sie es jetzt etwas leichter.

Ich möchte aus der Plenardebatte vom 15. März dieses Jahres zitieren. Ministerin Sommer sagte – ich vermute wider besseren Wissens; ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Der Bedarf aus der Änderung des Schulgesetzes kann durch die Nutzung von Demographiegewinnen, also durch frei werdende Kapazitäten gedeckt werden. Diese Stellen stehen den Schulen auch weiterhin zur Verfügung, anders als die Regierung unter Ihrer ...“

– gemeint war Rot-Grün –

„... Führung es vorgesehen hatte: Sie hatten die Stellen zur Streichung freigegeben.“

Da lag der Entwurf des Haushalts 2006 bereits vor. Da steht schwarz auf weiß auf Seite 4: Bei den Hauptschulen werden knapp 1.300 Stellen gestrichen.

Auf Seite 127 im Einzelplan 05 finden wir Ihren realen Stufenplan. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich hervorheben: Streichung von 2000 Stellen bis zum Jahre 2009.

Und Sie kommen daher und wollen behaupten, Sie ließen alle Demographieeffekte in den Schulen? Ihr Haushaltsentwurf spricht da eine ganz

andere Sprache. Und Sie wollen behaupten: „Bis 2010 gibt es 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich“? Verkaufen Sie doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr länger für dumm, und hören Sie endlich auf, die Lüge aufzutischen, Rot-Grün habe diese Stellen gestrichen.

(Beifall von der SPD)

Die mittelfristige Finanzplanung sagt dazu gar nichts. Sie können sich allerdings davon überzeugen, dass diese Stellen unter Rot-Grün stets aufs Neue bewilligt worden sind. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Streichung der 500 Stellen, die 2006 nach Ihren Planungen abgebaut werden sollen, rückgängig zu machen.

(Beifall von der SPD)

Das, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben Sie abgelehnt. Ich frage mich: Warum haben Sie das abgelehnt? Doch wohl kaum, weil wir es angeblich so geplant haben. Ich stelle fest: Sie haben jetzt die Regierungsverantwortung. Wer oder was hindert Sie daran, diese Stellen im System zu lassen? Wir nicht. Der Stellenabbau ist Vorschlag Ihres Finanzministers. Verstecken Sie sich also nicht länger hinter uns, sondern nehmen Sie Ihre Regierungsverantwortung endlich wahr. Dafür sind Sie nämlich gewählt worden.

Ihr Versprechen zur Unterrichtsgarantie vor der Wahl haben Sie ohnehin ohne jegliche Debatte einkassiert. Aber wir kommen darauf sicherlich noch einmal zurück.

Überhaupt lässt dieser Haushaltsentwurf im Einzelplan 05 jegliche Transparenz vermissen. Die öffentliche Behauptung, es würden 1.610 neue Stellen geschaffen, entpuppt sich als Taschenspielertrick. Sie behaupten, es gebe 1.000 angeblich neue Stellen für die Unterrichtsversorgung, 900 angeblich neue Stellen für die Stellenreserve an Grundschulen und 210 Stellen für den Ganztags. Davon ziehen Sie dann die 500 kw-Stellen wieder ab und erreichen so die Zahl 1.610.

Richtig ist: Von den 1.000 angeblich neuen Stellen bleiben nur 500. Richtig ist: Die 900 angeblich neuen Stellen sind gar keine neuen Stellen, weil von einem in den anderen Topf umgeschichtet wird nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche. Kein zusätzlicher Cent wird hierfür investiert.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hört, hört!)

Die 210 Stellen für den Ganztags sind eine richtige Entscheidung. Wenn man dann allerdings den Gesamtzusammenhang Ihrer Bildungspolitik betrachtet,

dann brauchen Sie für diese 500 und 210 – also insgesamt 710 – neuen Stellen ca. 35 Millionen €. Wenn man dann aber feststellt, dass Sie im Elementarbereich massive Kürzungen vorsehen, die weit über diesen Bereich hinausgehen, dann ist das ein verdammt hoher Preis und eine bittere Pille für Minister Laschet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Abschließend möchte ich eine Anmerkung zum neu eingeführten Globalbudget der Personalmittel machen. Sie setzen den Bereich mit 7,2 Milliarden € an. Rechnet man eine Lehrerstelle mit 50.000 € um und darauf an – was Sie ja tun –, dann bekommt man dafür 144.000 Lehrerstellen finanziert. Im Haushalt haben Sie aber 147.000 Stellen ausgewiesen. Das sind ungefähr 3.000 Stellen mehr, als Ihr Budget vorsieht. Da helfen auch keine pflaumenweichen Erklärungen Ihres Hauses.

Unterm Strich sind Ihre ausgewiesenen Stellen nicht gegenfinanziert. Diese Entwicklung werden wir beobachten und verfolgen. Es wird ganz entscheidend sein, was am Ende eines Jahres unterm Strich herauskommt: Haben Sie die Stellenzahl erreicht, dann haben Sie das Globalbudget falsch angesetzt. Haben Sie das Globalbudget erreicht, dann sind Sie bei den Stellen unterfinanziert, dann fehlen 3.000 Stellen. Wir werden das nachhalten.

(Beifall von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Ich betrachte Ihren Haushaltsentwurf für Schule und Weiterbildung, trotz vollmundiger Erklärungen Ihrerseits, nach einer intensiven Analyse in vielen Teilen als Luftbuchung. Sie handeln wissentlich unseriös.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Kollege Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion heute ist schon sehr spannend. Heute Morgen wurde zunächst massive Kritik an den Kürzungen im Jugendbereich geübt, und ich frage Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün: Ist nicht der Bildungsbereich die wichtigste Säule jeder Jugendförderung?

(Ute Schäfer [SPD]: Wann fängt denn bei Ihnen Bildung an?)

Und hier stellen wir doch mit einem Plus von fast 3 Millionen € ganz entscheidende Weichen, von denen Sie, Frau Schäfer, geträumt hätten. Sie haben sich damals leider nicht in Ihrer Mannschaft durchsetzen können.

Genau hier haben Sie in der Vergangenheit versagt. Ich erinnere daran, dass laut Pisa die Bildungschancen in keinem anderen Land so vom Portemonnaie der Eltern abhängen wie in Nordrhein-Westfalen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das werden Sie noch verschärfen!)

Der eigentliche Skandal ist doch, dass Sie die Zukunftschancen junger Menschen in einem solchen Maße beeinträchtigt haben. Im Übrigen, Frau Schäfer: Sie waren Spielführerin in dem Team, das das verursacht hat. Sich dann hierhin zu stellen und massive Kritik zu üben!

(Sören Link [SPD]: Sie werden das ja jetzt beheben, Herr Recker! Das ist doch lächerlich!)

Meine Damen und Herren, genau das werden wir ändern. Ich bin stolz darauf, diesen Haushalt für den Bildungsbereich vorlegen zu können. Angesichts der dramatischen finanziellen Katastrophe, die Sie uns hinterlassen haben, und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Sparmaßnahmen, meine Damen und Herren, diesen Haushaltsentwurf vorzulegen, das ist wirklich Spitze.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wenn Sie bei Rot-Grün noch ein bisschen Gespür für politische Fairness und die schulische Realität hätten, müssten auch Sie darüber erfreut sein. Da erleben wir aber bei Ihnen nur wirklich billiges Herumnörgeln.

Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, dass die bildungspolitischen Interessen und Notwendigkeiten bei Rot-Grün in der Vergangenheit leider nie den Stellenwert hatten, den unsere jungen Menschen gebraucht hätten.

In der Bildungspolitik geht es nicht allein um die Schule. Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik und auch Wirtschaftspolitik. Wenn laut Pisa 25 % durchs Sieb fallen, junge Menschen nicht ausbildungsfähig sind und damit Perspektivlosigkeit angesagt ist, so wird das unser soziales System nicht mehr verkraften, unabhängig von den Einzelschicksalen, die hinter jeder dieser Zahlen stehen. Daher lautet unsere Devise: Präventiv in Bildung investieren! Das ist sinnvoller. Das ist kostengünstiger und auch sozialer, meine Damen

und Herren. Denn Reparaturmaßnahmen sind wesentlich teurer, und meistens greifen sie nicht. Wenn dann trotz Lehrstellenknappheit in manchen Bereichen fast 20 % der Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, so ist das, gelinde gesagt, eine Katastrophe.

Mit diesem Haushalt setzt die Landesregierung eindeutig Prioritäten für Schule und Unterricht. Wir schaffen Voraussetzungen für eine bessere und verlässliche Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen.

Nun komme ich zu den Fakten. Frau Schäfer, ich bitte Sie, noch einmal zuzuhören. Wie versprochen, werden in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall geschaffen. 1.000 zusätzliche Lehrerstellen haben wir bereits 2005 eingerichtet, weitere 1.000 mit dem Haushalt 2006, und in dieser Legislaturperiode kommen weitere 2.000 hinzu.

Wir werden den Schulen darüber hinaus zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen, die von der alten Landesregierung für Aufgaben in Schulaufsicht und Schulverwaltung in Anspruch genommen wurden. Zum 1. August 2006 werden dies bis zu 250 Stellen sein. In den Folgejahren werden wir die kritische Prüfung des Ressourcenverbrauchs intensiv fortsetzen, um die Unterrichtssituation zu verbessern.

Für die Grundschulen richten wir mit 900 Stellen eine dauerhafte Vertretungsreserve ein. Sicherlich wird das zum großen Teil finanziert aus dem Programm „Geld statt Stellen“, aber ich sage auch: Es hat eine ganz andere Qualität, nämlich Verlässlichkeit für die Schulen, aber vor allen Dingen auch für die betroffenen Lehrer. Die Resonanz ist eindeutig.

Meine Damen und Herren, wir werden die Grundschulen, die einen erhöhten Förderbedarf haben, durch den Einsatz von weiteren 600 Lehrerstellen unterstützen, damit sie sich auf die ab 2008 vorgesehene Aufhebung der Schulbezirke vorbereiten können.

Wichtig auch: 500 zusätzliche Lehrerstellen bleiben für das Schuljahr 2006/2007 für unsere Qualitätsoffensive Hauptschule an den Hauptschulen unseres Landes.

Wichtig ferner: Wir werden die Förderung der für unser Bildungssystem notwendigen Ersatzschulen auf hohem Niveau fortsetzen. Die dramatische Situation des Landeshaushalts zwingt uns dazu, andere gesetzliche Leistungen – wir haben das heute diskutiert – bis zu 20 % zu reduzieren. Nur, hier lautet die frohe Botschaft: Die Ersatzschulen

und ihre Träger können sich darauf verlassen, dass die bisherige Förderung mit einem Volumen von mehr als 1 Milliarde € jährlich nicht zur Disposition steht. Die von der alten Landesregierung für das Jahr 2005 verfügte Kürzung der Ersatzschulfinanzierung um 50 Millionen € haben wir bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt rückgängig gemacht. Meine Damen und Herren, auch das bitte beachten!

Frau Schäfer, Sie haben es gesagt. Von den 2.000 Lehrerstellen, die während der Zeit der alten Landesregierung einen kw-Vermerk hatten und damit wegfallen sollten, bleiben ab 1. August zunächst 1.500 im System. Das war bei Ihnen nicht in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten, Frau Schäfer. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Ganz wichtig für die 250 Sozialpädagogen an Hauptschulen, die bisher einen dreijährigen bis zum 31. Juli 2006 befristeten Vertrag hatten: Wir haben diese Maßnahme gesichert. Das fand gerade an den Hauptschulen eine große Resonanz.

Nun zu der Ganztagsproblematik: Frau Schäfer, ich finde es schon abenteuerlich, was Sie hier für Realschulen und für Gymnasien fordern. Sie haben es nicht einmal geschafft, der wichtigsten Schule, für die das notwendig ist, nämlich der Hauptschule, diese Möglichkeit zu geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt hier diese Forderung aufzustellen, ist geradezu abenteuerlich.

Was machen wir, auch was Qualität angeht? – Wir werden den Lehrstellenanteil der Grundschule verdoppeln. Hier setzen wir zusätzlich 16 Millionen € ein. Insgesamt investieren wir 96,5 Millionen € jährlich in die Ganztagsangebote in den Grundschulen. Mit diesen Mitteln werden unter anderem 945 zusätzliche Lehrerstellen für diese Aufgabe finanziert.

Meine Damen und Herren, wir setzen die am 1. Februar beginnende Förderung der Ganztags-hauptschule und Ganztagsförderschule in der Sekundarstufe I auf hohem Niveau fort. Über den 1. August hinaus stehen weiterhin 620 zusätzliche Lehrerstellen für den Aufbau und Ausbau des Ganztags an diesen Schulen zur Verfügung. Bis 2012 sollen 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule entstehen. Dass Sie das nicht gemacht haben – gerade in den Hauptschulen –, ist für mich übrigens eine der Ursachen für die Situation, die an den Hauptschulen leider entstanden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wissen auch, meine Damen und Herren: Die Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen mit Inkrafttreten des Zweiten Schulrechtsänderungsgesetzes zum 1. August 2006 eigenverantwortliche Schulen werden. Wir werden die Schulleitungen für ihre Leitungsaufgaben unter anderem durch die Erhöhung des Entlastungskontingents um eine Stunde je Schule unterstützen. Schulleitungen bekommen hierdurch den Spielraum für Fortbildung und Qualifizierung. Diese zusätzliche Schulleitungsentlastung wird durch den Abbau von Moderatorenstellen, die nicht unmittelbar der Unterrichtsversorgung dienen, gegenfinanziert.

Wichtig auch, was die Perspektive angeht für die jungen Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen: Wir stellen in Nordrhein-Westfalen mehr Referendare und Lehramtsanwärter zur Sicherung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung ein. Anders als andere Länder wollen wir keinen Numerus Clausus für den Vorbereitungsdienst. Insgesamt stellen wir im Jahre 2006 über 14.000 Ausbildungsplätze für den Vorbereitungsdienst zur Verfügung. Am 1. Februar 2006 stellen wir bis zu 6.000 junge Menschen in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt ein. Im Sommer 2006 werden die Einstellungskapazitäten mit 500 zusätzlichen Lehramtsanwärterstellen deutlich ausgeweitet.

Wir schaffen damit die Grundlage, endlich Mangelfächer an Gymnasien und Gesamtschulen zu beheben. Auch lösen wir damit das Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung ein, die Wartezeit zwischen Beendigung des Studiums und Beginn des Referendariats zu verkürzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zusammengefasst unser Programm für den Haushalt 2006. Ich sage Ihnen deutlich: Darauf sind wir stolz.

(Beifall von der FDP)

Wir geben damit den Schulen und den jungen Menschen endlich die Chance, die sie verdient haben und die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten ist.

(Zuruf von der SPD)

Wer diesem Haushalt als Bildungspolitiker nicht zustimmt, muss schon arg verblendet sein und recht wenig Gespür für das dringend Notwendige, aber auch für das finanziell Machbare haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht umsonst haben die Haushaltsplanentwürfe, die uns vorgelegt wurden, einen himmelblauen Umschlag. Denn in vielerlei Hinsicht können die Bürgerinnen und Bürger davon sprechen, dass ihnen das Blaue vom Himmel versprochen worden ist. Das gilt auch gerade in Bezug auf den Einzelplan 05.

Aber wer genau hinsieht, merkt, dass von den hehren Versprechungen nicht viel übrig geblieben ist, der merkt, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen etwas vorgemacht bekommen, der merkt, dass gerade Verbände und Träger in der Weiterbildung hinters Licht geführt werden.

Im Einzelplan 05 geht die Landesregierung mit der Abrissbirne durch weite Bereiche der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, und ihre Neubauprojekte entpuppen sich als potemkinsche Dörfer.

(Beifall von der SPD)

Ihre Ressourcensteuerepolitik – das ist ein Faktum, das wir in diesem Hause noch ausführlicher diskutieren müssen – bedient nicht die tatsächlichen Bedarfe. Sie bemüht sich nicht um mehr Chancengleichheit, sondern sie bedient zuallererst Klientelinteressen.

Daran sind Ihre Fensterreden zu messen, die Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und Unterstützung von Kindern aus bildungsfernen Familien aufs Parkett legen. Das beste Beispiel für diese Vorgehensweise sind die Zuweisungen der Vertretungsreserve in der Sekundarstufe I an die verschiedenen Schulformen. Beim sogenannten Eckdatenerlass vom 13. Februar 2006 wird die wirkliche Handschrift deutlich. Darin regelt das Schulministerium nämlich die Verteilung der Stellen für Vertretungs- und Förderaufgaben.

Wer die Stellenzahlen in Relation zur Zahl der Schüler/innen setzt, die in der jeweiligen Schulform unterrichtet werden, kommt bei der Vergleichsrechnung zu aufschlussreichen Erkenntnissen. Die Hauptschulen erhalten danach 3,53 %. Das ist gut und richtig so. Realschulen werden mit 2,85 % bedacht. Bei den Gymnasien sind es stattliche 2,34 %. Die Gesamtschule aber wird im Vergleich

zu den Schülerzahlen mit lediglich 1,05 % Stellenzuschlag geradezu stiefmütterlich behandelt.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Und das, obwohl die Gesamtschule neben der Hauptschule die größte Integrationsleistung erbringt in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder mit sozialen Problemlagen im NRW-Schulsystem.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hat schon genügend Privilegien!)

Jetzt soll sie aus ideologischer Verbohrtheit auf Kosten der Förderung ihrer Schüler/innen benachteiligt werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie ist bevorzugt an vielen Stellen!)

Das ist schon eine Ungeheuerlichkeit nach den Lippenbekenntnissen und Fensterreden in Bezug auf das Problem der sozialen Auslese in den Schulen. So sieht die Wirklichkeit hinter Ihrem Wir-erzählen-das-Blaue-vom-Himmel-Plan für die Schulen aus.

Die Schulministerin hat im Schulausschuss den Haushaltsentwurf vorgestellt und in einer Tabelle ihre Bilanz gezogen. Dabei kommt sie zu der Aussage, die eben schon von der Kollegin Schäfer kommentiert worden ist: 1.600 Stellen beträgt der Zuwachs.

Ich muss das noch einmal ausführen, denn diese Botschaft wird so durch das Land getragen. Mit dieser Aufstellung will sich die Ministerin offensichtlich bei David Copperfield als Assistentin bewerben.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Das Prinzip „David Copperfield“ ist das eines Erzeugens von Illusionen,

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

des Vortäuschens von Nicht-Vorhandenem und der Ablenkungsmanöver für das Publikum, das die eigentlichen Aktivitäten nicht mitbekommen soll.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von Ralf Witzel [FDP])

Ich verweise zum letzten Punkt gerne noch einmal auf die Benachteiligung der Gesamtschulen in der Stellenreserve.

Aber zurück zu den Illusionen: Es werden eben 1.610 Stellen verkündet, die sich im Löwenanteil aus der Umwandlung von Geld-statt-Stellen in

900 Stellen für die Vertretungsreserve Grundschule ergeben.

(Bernhard Recker [CDU]: Quatsch! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Natürlich ist das so!)

Keine neuen Mittel, die Wanderung der Mittel von einer Tasche in die andere und dazu die Organisation bei den Schulämtern, die noch mit reichlich Fragen besetzt ist, wie wir auch im Schulausschuss erfahren durften.

Die 210 Stellen für die offene Ganztagschule, die zu Buche schlagen, fließen nicht in die Grundversorgung, sondern sind Ressourcen für ergänzende Angebote. Sie werden als Stellenzuschläge bereitgestellt.

Tausend neue Stellen in 2006 – davon bleiben unter dem Strich nur 500 übrig, weil Sie im Gegenzug 500 kw-Vermerke umsetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist also die wirkliche Bilanz, die sich hinter der magischen Zahl 1.610 Stellen verbirgt. Es gab Neudefinition von Mitteln, die es auch vorher im Haushalt gab, und Stellenzuschläge, die gar nicht in die Grundversorgung eingehen.

Das Mittel der Neuetikettierung wenden Sie auch in anderen Bereichen an.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

So verbirgt sich hinter der verbesserten Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule nichts anderes als das Einbeziehen der Stellen für den Englisch-Unterricht in der Grundschule in das allgemeine Stellenkapitel. Bisher waren die Stellen separat ausgewiesen.

Es bleiben also 500 neue Stellen übrig, die Sie als neue Stellen reklamieren können.

(Zuruf von der CDU: Wie spannend!)

500 Stellen sind zu begrüßen. – Gemessen an den Wahlversprechungen und -verkündigungen ist das aber eine magere Bilanz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist natürlich nicht das, was Sie den Menschen und den Schulen im Vorfeld versprochen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber natürlich!)

Das wissen Sie wohl selbst; sonst würden Sie Ihre Zahlen nicht nach dem „Prinzip Copperfield“ präsentieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: So ist das! – Ralf Witzel [FDP]: Falsch!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will an dieser Stelle aber auch deutlich machen, dass neben der mageren Bilanz auf der einen Seite der Abbruch im Bildungswesen auf der anderen Seite von Schwarz-Gelb massiv betrieben wird, zum Beispiel auf Kosten der Unterrichts- und Schulentwicklung.

So werden vor allem bei den Beratern im Schulsport ungeachtet des von allen erkannten und immer wieder herausgehobenen Zusammenhangs von Lernen und Bewegung die Stellen um bis zu 80 % gekürzt; mein Kollege Vesper hat das schon aus der Sicht des Sportes kommentiert.

Für die Aufrechterhaltung des Netzwerks Bildung und Gesundheit OPUS NRW werden sogenannte Rundungsgewinne in Aussicht gestellt, von denen noch gar nicht klar ist, inwieweit sie überhaupt noch zur Verfügung stehen.

Mit der Zerschlagung des Landesinstituts in Soest werden weite Bereiche der Schulentwicklung ausgehöhlt und der stromlinienförmigen Ausrichtung an der schwarz-gelben Schulpolitik geopfert. Konzeptionelles Weiterdenken, das den schwarz-gelben Horizont übersteigt, ist nicht erlaubt und darf offensichtlich nicht sein.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh nein!)

Lehramtsanwärterinnen hier im Land auszubilden, war immer schon Priorität. Wir begrüßen die weiteren Initiativen in diesem Zusammenhang. Aber wo sind denn die Initiativen des Ministerpräsidenten, das dann auch im Länderfinanzausgleich zu thematisieren, was wir als Ausbildungsleistung vorzuweisen haben? Das gilt übrigens auch für unsere Leistungen im Bereich der Hochschullandschaft.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Wo sind die Initiativen des Ministerpräsidenten in Bezug auf die Föderalismusreform, um uns die Mittel der Bundesebene weiter zu sichern, damit Ausbauprogramme wirklich vorankommen können? Meine Kleine Anfrage haben Sie ja dahingehend beantwortet, dass Sie jetzt noch nicht wüssten, wie es nach dem Auslaufen des Ganztagschulprogramms auf Bundesebene weitergehen wird.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen unverzichtbaren Bildungsbereich kommen. Herr Recker hat zu Recht gesagt: Bildung ist nicht nur Schule. – Es gibt auch noch andere Bereiche, in denen ge-

sellschaftliche Teilhabe gesichert wird. Diesen sensiblen Bereich hat hier und heute noch niemand thematisiert. Es geht dabei um die Weiterbildung. Auch hier sind Sie mit der Abbruchbirne unterwegs. Können Sie den Weiterbildungsträgern überhaupt noch in die Augen schauen? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben Ihr Versprechen, das Sie den Weiterbildungsträgern noch einmal am 19. Mai 2005 in Ihrem Entschließungsantrag schriftlich gegeben haben, gnadenlos gebrochen.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben den doch abgelehnt! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

Was machen Sie? – Entgegen dem rot-grünen Haushaltsbegleitgesetz, das mit diesem Haushalt den mit den Weiterbildungsträgern vereinbarten Haushaltsansatz 2002 wieder realisiert hätte, muss die vierte Säule im Bildungssystem eine zwanzigprozentige Kürzung verkraften. Da helfen auch die Beteuerungen nichts, die wir noch in der Weiterbildungskonferenz mit anhören konnten.

Frau Pieper-von Heiden wird im Protokoll zitiert: Für die FDP kann ich zusichern, dass wir uns gerade für diesen Bereich ganz besonders stark einsetzen werden.

Und an anderer Stelle: Wir stehen ausdrücklich zum Koalitionsvertrag, dass wir uns gerade für diesen Bereich ganz besonders stark einsetzen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Wirklichkeit sieht so aus: Unrentable Flughäfen wie Münster/Osnabrück oder Lobbyvereine wie die Landschaftskammer werden gerne subventioniert. Die Weiterbildungsträger in diesem Land müssen dafür bluten.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Albern!)

Herr Kaiser, Sie als ehemaliger Leiter einer Volkshochschule müssen jetzt dafür geradestehen, dass es nun auch noch den Landesorganisationen der Weiterbildung an den Kragen geht. Auf dem Erlasswege erfahren diese, dass sie herhalten müssen, um die globale Minderausgabe im Einzelplan 5 zu erbringen. Damit werden die Landesorganisationen unverantwortlich zur Ader gelassen, zum Teil werden sie diese Behandlung nicht überleben, zumal in demselben Papier vom 5. April 2006 schon angekündigt wird:

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass die Entwicklung der Haushaltslage des Landes Kürzungen von Zuwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung erfordert oder Zuwendungen deswegen ganz entfallen.

Der Erlass schließt mit der freundlichen Bitte, dieses Finanzrisiko zu beachten.

Herr Kaiser, sind das die vernünftigen Ergebnisse, die Sie noch in der Weiterbildungskonferenz in Aussicht gestellt haben? – Nein, das ist ein Desaster für die Weiterbildung, das Sie den Trägern bescheren.

Da ist es schon fast zynisch, wenn der Staatssekretär im Schulministerium im September 2005 auf der Tagung des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes Westfalen/Lippe im Haus Ortlohn ausführte: Nutzen Sie die Spielräume des Weiterbildungsgesetzes.

(Lachen von GRÜNEN und SPD)

Wie soll man Spielräume nutzen, wenn gleichzeitig die Existenzgrundlage entzogen wird?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich fordere Sie deshalb auf: Folgen Sie uns hier und heute und stimmen Sie der Erhöhung der Weiterbildungsmittel zu, wie wir sie mit unserem Antrag vorgelegt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wollen wir doch einmal ein bisschen die Fakten gerade rücken. Bei allem Sparzwang, den wir uns als Folge jahrzehntelanger Misswirtschaft der alten rot-grünen Landesregierung auferlegen müssen, sparen wir nicht bei dem so wichtigen Zukunftsthema „Bildung“.

(Ute Schäfer [SPD]: Wo fängt denn „Bildung“ bei Ihnen an?)

Für uns hat Bildung allerhöchste Priorität. Denn Bildung bedeutet die Zukunft unserer Kinder und die unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb halten wir uns auch strikt an unsere Ankündigung und investieren trotz einer Haushaltslage in NRW, die mehr als angespannt ist, in Bildung allein in diesem Jahr 317 Millionen € zusätzlich. Wir steigern die Ausgaben für den Schulhaushalt von 12,3 Milliarden € im Jahr 2005 auf rund 12,6 Milliarden € im Jahr 2006, und dies trotz rückläufiger Schülerzahlen um 34.000 allein in diesem Jahr. Trotz geringerer Schülerzahlen

erbringen wir größere Leistungen. Das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP)

Als wir nach der Landtagswahl 2005 die Regierungsverantwortung übernommen haben, war Unterrichtsausfall an der Tagesordnung. Wir haben 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall versprochen und sogleich erfolgreich mit der Besetzung von 1.000 Stellen begonnen. Alle zugesagten 4.000 Lehrerstellen werden bis zum Ende der Legislaturperiode eingerichtet. Zusätzliche Lehrer sind die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Unterricht wie geplant stattfindet, dass Klassengrößen sinken können, dass Kinder und Jugendliche endlich die Schule bekommen, die sie verdienen, und dass wir Kinder individuell fördern können.

(Beifall von der FDP)

Damit Sie sehen, was über die Gesamtzielmarke von 4.000 zusätzlichen Lehrern hinaus bereits passiert ist, will ich Ihnen das einmal kurz darstellen, und zwar anhand einer Liste, die eine ganze Seite lang ist. Frau Schäfer, Sie hätten Ihre Lehrereinstellungen in einer Fußnote unterbringen können:

Zum 1. August 2006 werden 250 zusätzliche Stellen aus der Schulaufsicht und Schulverwaltung für den Schuldienst generiert. Ab dem 1. August 2006 wird es ebenso eine ständige Vertretungsreserve von 900 Lehrkräften für die Grundschulen geben. Endlich werden sie durchgehend beschäftigt und müssen für die Sommerferien nicht zum Arbeitsamt gehen. Das müssen Sie doch auch einmal anerkennen. Das ist eine größere Verlässlichkeit. Das ist eine bessere Einteilungsmöglichkeit, eine bessere Planbarkeit.

Darüber hinaus gibt es 500 Stellen für die Hauptschulen im Jahr 2006 und an den Grundschulen 500 zusätzliche Stellen für individuelle Förderung. 620 Stellen gibt es für den qualifizierten Ganztags an Hauptschulen. In der Tat sehen wir den Ganztags nicht als Zwang, sondern gestalten das freiwillig. Aber dort, wo er notwendig ist, gibt es dafür auch die erforderlichen Ressourcen.

Außerdem werden 250 Sozialpädagogen unbefristet weiterbeschäftigt. Sie wollten die aus den Hauptschulen abziehen.

Wir haben sie weiterbeschäftigt, weil wir sehen, dass dort ein ganz besonderer Bedarf besteht. Darüber hinaus gibt es 210 zusätzliche Lehrerstellen an den offenen Ganztagsgrundschulen, sodass man zu dieser Einrichtung am Nachmittag auch tatsächlich Schule sagen kann.

(Beifall von FDP und CDU)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die beste Schule auf den Weg zu bringen, die NRW jemals hatte, das beste Schulsystem von ganz Deutschland zu schaffen. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder. Für ein neues NRW machen wir nämlich Schluss damit, unsere Kinder weiter auf die von Rot-Grün zu verantwortende Nivellierung hin zu unterrichten.

Rot-Grün hat seinerzeit fast in allen Bereichen auf eine individuelle Förderung verzichtet. Wir rüsten unsere Kinder vor Schulbeginn erst einmal mit den für Chancengleichheit und Schulerfolg so notwendigen Deutschkenntnissen aus. Dafür hat die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf 2006 die Mittel deutlich mehr als verdoppelt.

(Ute Schäfer [SPD]: Und Kindergärtenplätze weggenommen!)

Aber die Regierungsfractionen von FDP und CDU legen noch eine Schippe drauf und erhöhen den Ansatz um weitere 2 Millionen €, sodass die vorschulische Sprachförderung insgesamt ein Volumen von 17,65 Millionen € für dieses Jahr aufweist. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg überhaupt. Das haben Sie bis 2001 komplett ignoriert.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben das auch aus der Opposition heraus immer eingefordert, machen es wahr und haben diesen Etat um 10 Millionen € in diesem Land bei dieser Haushaltslage erhöht. Das hätten Sie nicht geschafft. Das wollten Sie auch gar nicht schaffen. Das kann sich doch wohl wahrlich sehen lassen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ein Baustein im Gesamtgefüge der Qualitätsverbesserung ist die Ganztagschule. Sie ist ein wichtiger Beitrag nicht nur zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit, sondern auch und vor allem zur besseren schulischen und sozialen Entwicklung von Schülerinnen und Schülern. Allein für den Bereich der offenen Ganztagsgrundschule erhöhen wir den Mittelansatz um rund 41 Millionen € auf 96,5 Millionen €. Soll ich Ihnen das einmal in Prozenten sagen? Das ist eindrucksvoll: Das ist eine Erhöhung um mehr als 70 %.

Eine ebensolche Priorität mit hohem Mitteleinsatz setzen wir bei der Unterstützung und Förderung der Hauptschulen: Wir wollen an den nordrhein-westfälischen Hauptschulen 50.000 vollwertige

Ganztagsplätze bis zum Jahr 2012 einrichten. Zu diesem Zweck stellt die Landesregierung allein für das Jahr 2006 rund 24 Millionen € zur Verfügung. Den wichtigsten Schwerpunkt setzen wir dabei auch hier auf individuelle Förderung, denn dabei herrscht dringender Nachholbedarf. Keine andere Schulform ist in den vergangenen Jahren so sträflich vernachlässigt worden wie die Hauptschule.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen, dass von den 25 % der Pisa-Risikogruppe drei Viertel von den Hauptschulen kommen. Diese Jugendlichen, insbesondere Jugendliche aus sozialen Brennpunkten, brauchen endlich eine echte Chance zur Teilhabe an Bildung und Ausbildung.

Die neue Landesregierung bekennt sich klar zum gegliederten Schulsystem in NRW und wird die Hauptschule durch mehr Lehrer und ein neues, umfassendes pädagogisches Konzept mit Partnern aus Jugendhilfe, Wirtschaft und Handwerk stärken. Wir brauchen mehr Schulabgänger, die fit sind für die praktische Berufsausbildung.

Qualitätssicherung ist ein Stichwort, das nicht nur im Rahmen der Ganztagsoffensive an den Hauptschulen zum Tragen kommt. Rund 1 Million € werden wir in den Landeshaushalt einstellen, um im Jahr 2006 in allen Schulen vor Ort Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung durchzuführen. Hierzu zählen die Lernstandserhebungen in der dritten und achten Klasse, zentrale Prüfungen in der zehnten Klasse sowie zentrale Prüfungen im Abitur.

Diese Prüfungen geben den Schulen wichtige Aufschlüsse über Qualität und Erfolg des Unterrichts. Schülern, Lehrern, Eltern und potenziellen Ausbildern geben sie eine zuverlässige und vergleichbare Rückmeldung über die Leistung des jeweiligen Schülers. Des Weiteren tragen sie zur Qualitätssicherung des gesamten Schulsystems in Nordrhein-Westfalen bei.

Nicht zuletzt ist darüber hinaus für FDP und CDU die Förderung von Ersatzschulen in privater Trägerschaft eine feste und unverzichtbare Säule. Sogleich nach Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir die von Rot-Grün vorgenommenen Kürzungen von 15 Millionen € wieder rückgängig gemacht. Die Förderleistung des Landes wird für das Jahr 2006 um fast 35 Millionen € auf dann mehr als eine ganze Milliarde € erhöht werden. Wir würdigen damit ausdrücklich die Innovationsleistung und das hohe Innovationspotenzial dieser Schulen, die seit Jahrzehnten vorbildhaft pädagogische Impulsgeber für das gesamte Schulsystem sind.

Innovationen für eine erfolgreichere Pädagogik und bessere Bildungsergebnisse brauchen wir jedoch an allen Schulen des Landes. Deshalb ist für FDP und CDU Bildung ein geschützter Bereich, dem das neue NRW nicht in die Tasche greift.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht ganz vier Wochen her, als ich Ihnen den Entwurf für das neue Schulgesetz vorgestellt habe, mit dem wir das Fundament für ein neues, modernes, leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem legen wollen. Mit dem Haushalt 2006 kommt nun ein weiterer wichtiger Baustein unserer neuen Bildungspolitik hinzu.

(Zuruf von der SPD: Wer's glaubt, wird selig!)

Zunächst einmal mag ein Haushalt ein trockenes Zahlenwerk sein. Für mich, meine Damen und Herren, ist es auch ein Dokument und eine Handlungsgrundlage für eine schulpolitische Neuausrichtung. Die Ergebnisse von Pisa belegen, dass in der Vergangenheit nicht alles richtig gewesen sein kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte an dieser Stelle unmissverständlich sagen: Die Schuld sehen wir dabei nicht bei Schülerinnen und Schülern oder gar Lehrerinnen und Lehrern. Die Rahmenbedingungen sind entscheidend; hierfür trägt allein die Politik die Verantwortung. Hier müssen wir deutlich nachbessern, um international wieder Anschluss zu finden.

Meine Damen und Herren, wer sich um die Zukunft unserer Kinder sorgt, muss das Land aus der Schuldenfalle herausführen und gleichzeitig mehr in Schule und Unterricht investieren.

(Beifall von der FDP)

Die CDU/FDP-Landesregierung wird deshalb bei einem schrumpfenden Gesamtetat und einer deutlich geringeren Nettoneuverschuldung mehr in Bildung investieren, um so die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Was heißt das denn?)

Der Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung steigt von 2005 nach 2006 um rund 300 Millionen €. Das ist eine Steigerungsrate von 2,44 %. Dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, aber auch allen Kabinettskolleginnen und -kollegen bin ich dankbar, dass Sie diesen Kurs eindeutig mitfahren und so die Arbeit vorbehaltlos unterstützen. Herzlichen Dank!

Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, wie wichtig guter Unterricht für gute Schülerleistungen ist. Ebenso wichtig ist aber, dass der Unterricht auch verlässlich stattfinden kann. Dies wurde in der Vergangenheit viel zu oft übersehen.

5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall sind einfach zu viel. Wir werden daher bis zum Ende dieser Legislaturperiode, wie versprochen, schrittweise 4.000 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen, um gegen den Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen vorzugehen. Tausend zusätzliche Stellen sind bereits im Jahr 2005 unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eingerichtet worden, tausend weitere kommen mit dem Haushalt 2006 dazu. Zweitausend weitere Stellen werden folgen.

Darüber hinaus werden wir den Schulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung zum 1. August dieses Jahres bis zu 250 weitere Stellen zuweisen, die bisher für Aufgaben in der Schulverwaltung und Schulaufsicht in Anspruch genommen wurden. Mit diesen zusätzlichen Stellen werden wir die Schulen in die Lage versetzen, sukzessive eine Vertretungsreserve aufzubauen.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Grundschule. Mit 600 Lehrerstellen erhält sie trotz sinkender Schülerzahlen den größten Anteil der zusätzlichen Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Uns liegt daran, dass diese zusätzlichen Stellen den Schulen zugute kommen, die einen besonders hohen Förderbedarf haben. Diese zusätzlichen Stellen werden wir abweichend vom bisherigen Verteilerschlüssel, der jeden Schüler gleich gewichtet, nach einem Sozialindex auf die 54 Schulamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen verteilen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem neuen Verteilerschlüssel gehen wir gezielt so vor, dass wir, meine Damen und Herren, Ungleiches auch ungleich behandeln. Es bekommen also die mehr, die mehr benötigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Neben diesen 600 unmittelbar bei Schulen ausgebrachten zusätzlichen Stellen wird für die Grundschule auf der Ebene der Schulämter eine stabile schulübergreifende Vertretungsreserve mit 900 Planstellen eingerichtet. Die offenen Ganztagsangebote im Primarbereich werden wir auf der Basis eines verdoppelten Lehreranteils weiter ausbauen. Hierfür sind zusätzlich 42 Millionen € in den Haushalt 2006 eingestellt.

Die Zahl der Lehrerstellen für den Ganztagsunterricht im Primarbereich steigt um 210 auf dann 945 Stellen. Diese Lehrerstellenanteile sind zu nutzen, um die Kinder ergänzend zum Regelunterricht individuell zu fördern.

Gemeinsam mit den Gemeinden, den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe sowie den Partnern aus Kultur und Sport wird die Landesregierung einen Prozess der Qualitätsentwicklung einleiten, um diese in den offenen Ganztagsangeboten nachhaltig zu erhöhen.

Unsere uneingeschränkte Aufmerksamkeit und Unterstützung verdienen die Hauptschulen. Wir dürfen weder die Schulform noch die Schülerinnen und Schüler aufgeben. Wir haben deshalb bereits unmittelbar nach dem Regierungswechsel die Qualitätsoffensive „Hauptschule“ gestartet. Zentraler Eckpunkt dieser Qualitätsoffensive ist die Umwandlung von Hauptschulen in neue erweiterte Ganztags Hauptschulen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 in Haupt- und Förderschulen 50.000 neue Ganztagsplätze zu schaffen. Hierfür haben wir bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 zusätzlich 620 Lehrerstellen bereitgestellt.

Wir haben die Hauptschulen darüber hinaus mit 500 Stellen über die Schüler-Lehrer-Relation hinaus zur individuellen Förderung und für Vertretungsaufgaben ausgestattet. Auch diese Stellen werden Schulen mit schwierigen sozialen Problemlagen auf der Grundlage des eben beschriebenen Sozialindex gezielt zugewiesen.

Die Beschäftigungsverhältnisse der von der rot-grünen Landesregierung nur befristet eingestellten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Hauptschulen haben wir entfristet und geben damit den Schulen und den Beschäftigten eine dauerhafte und gesicherte Perspektive.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die anderen Schulformen Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Förderschulen und die Berufskollegs können mit den zusätzlichen Lehrerstellen, die von der neuen Landesregierung zur Verfügung gestellt werden,

ab August dieses Jahres eine Vertretungsreserve von insgesamt 1.000 Stellen einrichten.

Wir wollen eigenverantwortliche Schulen. In dieser Eigenverantwortlichkeit übernehmen die Schulleitungen eine zentrale Rolle. Um ihnen für ihre neuen Aufgaben mehr Zeit zu geben, werden wir daher bereits ab dem 1. August 2006 jeder Schulleiterin und jedem Schulleiter eine zusätzliche Stunde an Leitungszeit zur Verfügung stellen. Das ist uns der Einsatz von 230 Stellen wert.

Wir wollen auch die schulischen Fortbildungsbudgets deutlich heraufsetzen. Die Schulen kennen den Fortbildungsbedarf ihrer Lehrerinnen und Lehrer selbst am besten. Die Mittel für die schulischen Fortbildungsbudgets steigen von 4,5 Millionen € auf künftig rund 6 Millionen €.

Dass der neuen Landesregierung die Ersatzschulfinanzierung besonders am Herzen liegt, war schon mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 erkennbar. Dort haben wir die von der rot-grünen Landesregierung verfügte Kürzung der Ersatzschulfinanzierung von 15 Millionen € rückgängig gemacht. Im Haushalt 2006 steigt der Ansatz der Ersatzschulfinanzierung noch einmal um rund 34,6 Millionen €. Er übersteigt damit erstmals die Milliardenschwelle – und das, obwohl bei anderen gesetzlichen Leistungen des Landes Kürzungen bis zu 20 % vorgenommen wurden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nun ein Wort zur Gesamtbilanz bei der Lehrerstellenzahl: Der letzte von der rot-grünen Landesregierung verantwortete Haushalt sah vor, dass am 31. Juli 2006 2.000 Lehrerinnen und Lehrer wegfallen. Auch Ihre mittelfristige Finanzplanung, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, sah ab dem 1. August 2006 keine Finanzierung dieser Stellen mehr vor. Man darf also annehmen, dass Ihre Bilanz bei der Lehrerstellenzahl für das Schuljahr 2006/2007 bei minus 2.000 geendet hätte.

(Beifall von CDU und FDP)

Zuletzt, meine Damen und Herren, ein Hinweis auf die Weiterbildung: Auch das Ministerium für Schule und Weiterbildung muss sich an dem Ziel beteiligen, Zukunftsfähigkeit für dieses Land zu gestalten. Wir stellen für das Jahr 2006 für Weiterbildung eine Fördersumme von rund 96,2 Millionen € zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet eine Reduzierung der Landesförderung um 5 Millionen €. Ich führe allerdings zurzeit Gespräche mit meinem Kollegen Laumann mit dem Ziel, Projekte der Weiterbildung zu unterstützen. Diese Mittel können für strukturbildende Maßnahmen, für die Entwicklung des lebensbegleitenden Ler-

nens eingesetzt werden. Wir wollen trotz schwieriger werdender Regelfinanzierung eine attraktive Weiterbildungspolitik betreiben und hierfür auch die finanziellen Grundlagen sichern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Applaus an der falschen Stelle ist schon verdammt verräterisch. Oder, Herr Witzel, war das eben doch die richtige Stelle zur Weiterbildung, die Frau Beer zitiert hat? Wenn das die richtige Stelle war und Sie bewusst geklatscht haben, dann allerdings sprach und spricht Ihr Applaus Bände, dann ist das schlichtweg die Verhöhnung der Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen gewesen und nichts anderes, und das finde ich schon sehr interessant.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An die Adresse der Ministerin: Frau Ministerin Sommer, diesen Hinweis an die Weiterbildung hätten Sie sich an der Stelle aus meiner Sicht sparen können, insbesondere die Tatsache, dass Sie mit Herrn Minister Laumann zurzeit Gespräche führen. Herr Minister Laumann hat vorhin in seinen Redebeiträgen nachdrücklich deutlich gemacht, dass er für die berufliche Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zuständig ist. Sie allerdings, Frau Ministerin Sommer, sind für die allgemeine Weiterbildung zuständig. Der haben Sie noch im letzten Jahr sowohl im Koalitionsvertrag wie auch auf der Weiterbildungskonferenz versprochen, dass die Weiterbildung ebenfalls Priorität in Nordrhein-Westfalen habe. Eine verlässliche Grundförderung wollten sie gewährleisten.

Was haben Sie weiter auf der Weiterbildungskonferenz versprochen, was besonders interessant und spannend ist? – Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2006 werden wir – damit waren die Weiterbildungslandschaft und die Abgeordneten gemeint – wissen, wie die finanzpolitischen Ziele mit den fachpolitischen Ansprüchen in Einklang gebracht werden. Das ist mit diesem Haushalt deutlich gemacht worden, nämlich ganz eindrucksvoll zugunsten der Finanzpolitik oder, um es anders zu formulieren, Frau Ministerin: Sie und die Kolleginnen und Kollegen der CDU haben die

allgemeine Weiterbildung sang- und klanglos dem Finanzminister geopfert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Landesregierung, CDU und FDP kürzen im Bereich der Weiterbildung im Schnitt 20 % und nicht nur 5 %. Das heißt ganz eindeutig, dass der Weiterbildung im Jahr 2006 rund 24 Millionen € fehlen werden. Diese 24 Millionen € fehlen allein im Bereich der Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz. Dazu kommen noch die Kürzungen bei der Landeszentrale für politische Bildung, die die politischen Stiftungen und die Träger der politischen Weiterbildung treffen, die Kürzungen bei den Landesorganisationen der Weiterbildung und die Kürzungen im Bereich der Familienbildung – übrigens dieselbe Familienbildung, die sich am Aufbau der Familienzentren beteiligen soll. Nur weil es nicht um Ihren Haushalt geht, kann es nicht angehen, dass es sich nicht um Weiterbildungsmittel handelt.

Die Träger der Weiterbildung, die im wahrsten Sinne des Wortes doppelt von den Kürzungen betroffen sind, weil bei Ihnen WbG-Kürzungen und die sogenannten Ermessensmittel gekürzt werden, also kumulative Effekte entstehen, werden sich schwerlich in den offiziellen Ausführungen der Landesregierung wiederfinden. In deren Ohren muss es doch wie Hohn klingen, wenn Sie, Frau Ministerin, im Ausschuss formulieren, dass angesichts der Stärke der nordrhein-westfälischen Weiterbildung zu erwarten sei, dass die Einrichtungen die geringere Landesfinanzierung durch betriebswirtschaftliche Optimierung auffangen könnten. Was wollen Sie der Weiterbildung damit eigentlich sagen? Dass bisher Geld verplempert wurde oder die Weiterbildung die öffentliche Förderung als Mitnahmeeffekt verstanden hat und durchaus ohne sie auskäme? Oder wollen Sie sich klammheimlich über die Haushaltspolitik aus dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen verabschieden?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sind Fragen, die Sie klären und beantworten müssen. Es ist auch noch kein Ende der Sparaktion in Sicht. Die Landesregierung sagt: Dieser Haushalt ist der Einstieg in die Finanzkonsolidierung. Das haben wir heute Vormittag, heute Mittag zigfach gehört. Was für Perspektiven machen Sie dann für die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen auf? Werden wie in anderen Bereichen die Förderungen gekürzt und dann in gekürzter Form politisch garantiert? Auch hier viele Fragen, aber verdammt wenige Antworten.

(Beifall von der SPD)

Doch zurück zur aktuellen Haushaltsituation! Die Folgen dieser Kürzungen im Weiterbildungsbe-
reich stehen fest: Wir werden über Personalabbau reden. Wir werden Programmeinschränkungen sehen. Die Teilnahmebeiträge werden steigen. Wir werden erleben, dass kostenintensive Angebote für Bildungsbenachteiligte oder Bildungsferne abgebaut werden. Es wird Einschnitte in der Pluralität geben. Und es wird Einschnitte in der Flächendeckung geben. Auch die Schließung von Einrichtungen steht bevor.

Falls Sie glauben, das seien Horrorszenarien, dann kann ich nur sagen: Es ist wirklich so. Reden Sie einmal mit der Weiterbildungslandschaft und mit dem Gesprächskreis Weiterbildung!

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, so sieht also die hohe Bedeutung aus, die Sie laut Koalitionsvertrag der Weiterbildung zusprechen. Diese negative Entwicklung wird auf Ihr Konto gehen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fest steht: Der Landeshaushalt 2006 belegt für den Bereich der Weiterbildung überdeutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung mit Unterstützung der beiden die Regierung tragenden Fraktionen politischen Wortbruch begeht. Mit diesem Haushalt sparen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, in eigener Verantwortung und in eigener Zuständigkeit. Es ist Ihr Haushalt, und in anderen Veranstaltungen machen Sie das auch immer wieder deutlich.

Deshalb mangelt es Ihnen entweder an ausreichendem Problembewusstsein für die Folgen Ihrer Kürzungen, oder Sie verfolgen Ziele, die Sie hier auf keinen Fall offen aussprechen wollen. Doch spätestens mit dem nächsten Landeshaushalt – der liegt ja nicht in weiter Ferne – werden wir an diesem Punkt Gewissheit haben: Unfähigkeit oder Absicht – die Frage ist dann wahrscheinlich beantwortet.

Zu diesem Zeitpunkt ist es vielleicht für viele Träger der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen bereits zu spät. Deshalb appelliere ich an dieser Stelle noch einmal eindringlich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP: Stimmen Sie diesen Kürzungen nicht zu. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu, damit die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen auch ein starkes Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Gödecke. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Gödecke, das, was Sie hier abgelassen haben, war ja ein Feuerwerk, ein Drohszenarium.

(Beifall von der SPD)

Vielleicht macht es auch Sinn, dass wir uns einfach an die Wirklichkeit und an die Fakten halten.

(Ute Schäfer [SPD]: Das hat Frau Gödecke auch getan!)

– Genau, Frau Schäfer. Ich freue mich ganz besonders, wenn Sie über Ihre vergangene Amtszeit berichten. Das nehme ich immer wieder gerne zur Kenntnis.

(Ute Schäfer [SPD]: Ich hatte jetzt auf Sie reagiert!)

Folgendes zu den Fakten: Es ist richtig, dass im Bereich der Weiterbildung im Landeshaushalt 5 Millionen € zusätzlich gekürzt werden. Das sind weitere 5 Millionen € zu den 15 Millionen €, um die Sie zwei Jahre zuvor in dem Bereich gekürzt haben.

Frau Gödecke, Sie können mir doch nicht ernsthaft erzählen, dass der Personalabbau und der Standardabbau die Folge einer 5-Millionen-Kürzung sei, wenn von Ihnen vor zwei Jahren eine Kürzung von 15 Millionen durchgesetzt worden ist. Was Sie hier erzählen, ist unfair und damit in keiner Weise sachgerecht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich gebe zu, dass ich hier heute lieber stände, wenn ich sagen könnte, dass wir wieder auf 100 Millionen € hochgehen und die Kürzung von insgesamt 20 Millionen € rückgängig machen. Daran mache ich keinen Hehl. Aber ich gebe auch zu, dass wir in der finanzpolitischen Realität angekommen sind und von daher die Kürzung um 5 Millionen € im Haushalt 2006 unvermeidlich ist. Ich gebe das zur Kenntnis, und es tut mir auch Leid, aber das ist nicht anders machbar. Das ist der finanzpolitische Tribut an Ihre verfehlte Politik über 39 Jahre. Das ist Fakt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir jetzt aber fragen, wie sich die Weiterbildungspolitik insgesamt entwickelt, möchte ich sehr gerne darauf hinweisen, dass wir uns inhaltlich profilieren mit der Zusage: Das Weiterbildungsgesetz hat Bestand. Kulturelle Bildung ist

förderfähig, und allgemeine Weiterbildung ist eben mehr als nur Anpassungsqualifikation. Letzteres ist die Politik gewesen, die Sie in den letzten Jahren verfolgt haben.

Ich habe im Fachausschuss bereits ausgeführt: In Zeiten knappen Geldes ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, wie man neue intelligente und kreative Wege gehen kann. Frau Sommer hat das eben angesprochen. Ich bin ihr auch sehr dankbar, dass sie mit dem Kollegen Laumann die Gespräche sucht, um diese neuen Wege zu gehen und neue Projekte möglich zu machen.

Frau Gödecke, der kleine Hinweis ist natürlich richtig: Herr Laumann ist für die berufliche Weiterbildung zuständig. Aber im europäischen Kontext ist es eben möglich, lebensbegleitendes Lernen aus der allgemeinen Weiterbildung bei der beruflichen anzusiedeln. Und das ist genau das Ziel.

(Beifall von der CDU)

Und da reden wir – zumindest vernehme ich das so – ebenfalls von 5 Millionen €. Das ist genau die Summe, die im Landeshaushalt fehlt und die über Drittmittel eingeworben werden kann.

Reden wir auch über neue Projekte! Vielleicht macht es ja auch Sinn, Weiterbildung über Inhalte zu definieren. Wir sollten vielleicht darüber nachdenken, wie wir zum Beispiel „Weiterbildung geht zur Schule“ verlängern können? Wie können wir etwas für benachteiligte Gruppen und für bestimmte Zielgruppen machen? Wie können wir Angebote für Migranten verbessern? Wie können wir deren Schulabschlüsse verbessern? – Da gibt es Möglichkeiten in Richtung lebensbegleitendes Lernen. Das müssen wir uns im Einzelnen anschauen. Frau Sommer ist sehr dafür zu danken, dass sie neue Wege eröffnet, um diese Kompensation insgesamt zu erreichen.

Mit anderen Worten: Das Weiterbildungsgesetz hat Bestand. Es hat einen zuverlässigen Rahmen. Wir haben für 2006 zumutbare Bedingungen vor dem Hintergrund des gesamten Finanzvolumens, und wir gehen – das zeichnet unsere Koalition aus – neue kreative Wege. Es gibt neue kreative Wege zu neuen Angeboten, und damit bringen wir auch die Verlässlichkeit in die Weiterbildungsszene, die erforderlich ist, und auch die Planungssicherheit, die den Trägern weiterhilft. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, jetzt habe ich schon ein paar Fragen an Sie. Wir haben uns zu der prekären Haushaltslage ja auch verhalten und sehr deutlich Stellung genommen, haben aber mit unseren Haushaltsanträgen ein Konzept vorgelegt, das die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und in der Weiterbildung vermeidet und Politikbereiche anders gewichtet. Wenn man kreativ ist, Herr Kaiser, sollte man vielleicht intelligent kreativ sein und keine Symbolpolitik betreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist die Frage, ob dann auf Pferde oder auf Kinder und auf Weiterbildung gesetzt werden muss. Im Gegensatz zur schwarz-gelben Koalition und der Realität Ihres Handelns hat sich Rot-Grün auch bei sensiblen Vorhaben immer verlässlich gezeigt. Rot-Grün hat die Jugendförderungsmittel gesetzlich abgesichert, Sie aber legen die Axt in diesem Bereich an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rot-Grün hat im Haushaltsbegleitgesetz die Mittel für dieses Jahr wieder eingestellt, auch für die Weiterbildung. Und Sie kürzen die Mittel und lassen die Weiterbildungsträger zur Ader, sodass wir nicht wissen, wer im nächsten Jahr noch da ist. Die nächste Kürzungswelle – um die 15 % – ist schon angekündigt. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist hier und heute erst der erste Aufschlag. Die Drangsaliererei geht weiter, und die Mittel werden weiter gekürzt. Das werden nicht viele Weiterbildungsträger überleben. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Kaiser, der Sie sich mit allen Konsequenzen stellen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch eine allgemeine Bemerkung: Frau Ministerin, wenn Sie von der internationalen Anschlussfähigkeit des Schulsystems reden und das als Zielperspektive ausmachen, müssen Sie allerdings auch unseren internationalen Freundinnen und Freunden erklären, wie man das mit einem Schulsystem bewerkstelligen will, das verstärkt auf soziale Ausleseprozesse setzt und das Sortieren der Kinder mit neun Jahren betreibt. Das können Sie im Ausland niemandem erklären – auch auf OECD-Ebene nicht.

Auch Kollegin Pieper-von Heiden wird ihre Aussage: „Wir brauchen mehr Schülerinnen und Schüler, die für die praktische Berufsausbildung fit sind“ erklären müssen. Für welchen Arbeitsmarkt bilden Sie eigentlich Kinder und Jugendliche mit einer solchen Etikettierung aus? Sie haben es

immer noch nicht geschafft, von dem Begriff der praktischen Begabung abzulassen.

Ich gebe Ihnen noch einmal die Unterlagen der OECD mit dem Szenario, das sehr genau angibt: Im Jahr 2020 werden noch maximal 10 % der Arbeitsplätze in der manuellen Produktion liegen. Wofür bilden Sie in der Hauptschule Kinder mit sogenannter praktischer Begabung nach Ihren Vorstellungen aus, die Sie als theorie- und lernschwach etikettieren? Damit tun Sie niemandem einen Gefallen, sondern Sie geben den Kindern Etiketten mit und machen Sie nicht fit für die Teilhabe in dieser Gesellschaft, und wir wissen jetzt schon, dass sie im Alter von neun Jahren aufs Abstellgleis geschoben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. – Für die FDP spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu Frau Gödecke, wenn ich die kleine PG-Runde zur Bildungspolitik fortsetzen darf. Sie hatten den Bereich der zukünftigen Weiterbildung reflektiert. Die PGs waren sich immer einig, in den Fachdebatten seriös miteinander zu diskutieren. Deshalb ist es ein Stück meiner Wahrheit, dass ich Ihnen Recht gebe. Mir wäre es lieber, wir hätten in diesem Bereich höhere Ansätze, die wir uns als Bildungspolitiker auch vorgestellt haben.

Zu der Wahrheit gehört aber auch, dass wir in der Abstimmung mit anderen Ressorts Ausgaben und Investitionen für Weiterbildungszwecke in anderen Haushaltstiteln verstärken. Deshalb ist es kein Zynismus, wenn CDU und FDP in diesem Haus weiter zu dem Grundsatz stehen, dass lebenslanges Lernen immer wichtiger wird und Weiterbildung für uns Priorität hat. Diese Gelder ressortieren dann nur nicht mehr im Einzelplan 05.

Umgekehrt ist es dann aber auch ein Stück Ihrer Ehrlichkeit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Meistergründungsprämie um über 2 Millionen € erhöhen und – das ist auch dargestellt worden – über der europäischen Strukturfondsmittel zusätzlich 5 Millionen € für Weiterbildung mobilisieren werden. Das ist nicht in das WBG eingebunden. Das war unser Ziel.

Mir wäre an dieser Stelle mehr Geld auch recht und lieb – gar keine Frage. Wir müssen eingestehen, dass wir nicht am Ende unserer Träume sind. Aber Zynismus, Frau Gödecke, ist es nicht, wenn wir an anderen Stellen im Haushalt Schwerpunkte setzen, um zumindest die Richtung

vorzugeben, dass hier Etatansätze wieder steigen müssen.

Frau Kollegin Beer, wenn man Ihren Ausführungen lauscht, weiß man nicht, auf welchem Planeten man lebt. Sie kritisieren lautstark, dass die Gesamtschulen in diesem Land so benachteiligt sind. Wo leben Sie? Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass es nach Ihrem alten Schulrecht eine Reihe von Privilegien ausschließlich für den Gesamtschulbereich gibt?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass wir anfangen, anderen Schulformen auf Augenhöhe die Gelegenheit zu geben, auch Ganztagsangebote anbieten zu können,

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzer [SPD]: Dann definieren Sie einmal Augenhöhe!)

während Sie bei den weiterführenden Schulen ausschließlich den Gesamtschulen das Ganztagsprivileg zugestehen wollen? Deshalb fangen wir, Frau Beer, mit den Hauptschulen an, weil Sie die letzten Jahre systematisch die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen kaputtgemacht haben,

(Beifall von FDP und CDU)

indem Sie in unmittelbare örtliche Nähe Gesamtschulen mit 20 % Stellenzuschlag und Ganztagsangebot gesetzt haben. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Aber, Frau Beer, wir wollen als Koalition der Erneuerung keinen Zwangsganztag. Ganztag muss als Angebot für die zur Verfügung stehen, die die Ressourcen benötigen, aber nicht Zwang für die sein, die die Angebote nicht in Anspruch nehmen wollen. Denn wenn wir hier eine seriöse Haushaltsdebatte führen wollen, müssen wir auch nicht Geld für die ausgeben, die Mittel nicht wollen und der Angebote nicht bedürfen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Witzel, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Ralf Witzel (FDP): Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Das ist sehr nett von Ihnen, Herr Kollege. – Es ist sehr ungewöhnlich, dass wir einmal erleben, dass Sie sich so erregen.

Könnten Sie mir bitte mitteilen, ob sich an der Rechtslage, dass die Schulträger entscheiden, welche Schulen sie errichten, irgendetwas geändert hat?

(Beifall von der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Frau Löhrmann, natürlich haben die Schulträger die Gestaltungsaufgabe, ihre kommunale Schullandschaft auszuprägen. Es geht aber bei der Entscheidung, die Schulträger vor Ort vornehmen, um die Konditionen und Fördermöglichkeiten des Landes. Das ist Ihnen doch klar.

Deshalb erwarte ich von Ihnen, Frau Löhrmann, wenn wir in aller Seriosität eine Haushaltsdebatte führen, zur Kenntnis zu nehmen, dass es das Entscheidungsverhalten kommunaler Schulträger beeinflusst, wie die finanziellen Zuschüsse des Landes für Personalressourcen und Ganztagsangebote an Gesamtschulen ausgestaltet sind: bevorrechtigt gegenüber allen anderen Schulformen des gegliederten Systems. Wir wollen nämlich nicht, wie Sie das vertonen, irgendwen diskriminieren oder behindern, sondern wir wollen faire Chancen für alle auf Augenhöhe, weil wir das für gerecht und richtig im Wettbewerb halten.

Zurück zur Haushaltspolitik. Ich erwarte in einer ehrlichen Debatte, dass Sie, Frau Schäfer, zur Kenntnis nehmen, dass netto nach Abzug von 500 Stellen 1.600 neue Stellen im Schulbereich zum 1. August 2006 übrig bleiben, dass wir 1.500 Stellen vorgefunden haben, die nach den alten Planungen der abgewählten Regierung bereits Mitte des Jahres weggefallen wären, dass wir 210 neue Stellen für Ganztagsgrund- und -hauptschulen schaffen, damit wir am Ende der Legislaturperiode mehr als 200.000 Plätze im Primarbereich zusätzlich anbieten können, dass wir diejenigen waren, die die von Ihnen vorgesehene Befristung für die Weiterbeschäftigung von Sozialarbeitern, von Sozialpädagogen aufgehoben haben, um auch wirklich für Unterrichtsfähigkeit an den Schulen zu sorgen, die bislang die allergrößten Probleme damit haben.

(Unruhe – Glocke)

Das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu.

Das heißt, dass wir, bevor wir zu den inhaltlichen Fragen kommen, die wir in den nächsten Wochen diskutieren – Aufstellung unseres neuen Schulgesetzes auf dem Weg hin zu dem modernsten System in ganz Deutschland, für eine Schule ohne Grenzen mit mehr Freiheit, Leistung, Eigenverantwortung im Wettbewerb –, natürlich auch die Ressourcen bereitstellen, die wir für dieses ehr-

geizige Projekt bei perspektivisch zurückgehenden Schülerzahlen brauchen. In einem insgesamt gekürzten Haushalt haben wir es als Koalition der Erneuerung ermöglicht, einen Sprung zu machen, den Sie in den letzten zehn Jahren Ihrer Stillstandskoalition nicht hinbekommen haben:

(Beifall von der CDU)

bei einem sinkenden Haushalt die Mittel für Jugend und Schule um 3 % zu erhöhen und damit per Saldo über 200 Millionen € mehr zur Verfügung zu stellen, als es bislang der Fall war. Damit sind wir nicht am Ende unserer Träume, aber es ist eine hervorragende Leistung, von der Sie sich eine ganz dicke Scheibe abschneiden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nur noch wenig Zeit. Erlauben Sie mir bitte zu zwei Ausführungen noch ein paar Bemerkungen.

Sehr geehrte Frau Kollegin Schäfer: Wegfall der Vorgriffsstellen. – Es wird nicht dadurch besser, dass man es immer wiederholt. Es wird dadurch auch nicht richtiger. Ich glaube, Sie sollten akzeptieren, dass auch wir Dokumente lesen können. Die von Ihnen uns hinterlassenen Dokumente weisen deutlich aus, dass Sie diese Stellen nicht mehr im Haushalt hatten. Der von Ihnen verantwortete Haushalt sieht den Wegfall dieser Stellen zum 31. Juli 2006 nun einmal vor. Wem wollen Sie das an dieser Stelle erklären?

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Zur Kürzung der Weiterbildungsmittel. Zur Weiterbildung, meine Damen und Herren von der Opposition, muss ich einmal Ihr Gedächtnis bemühen. Sie waren es doch, die die Weiterbildungsmittel um 15 % gekürzt haben. Ihre Anträge machen deutlich, dass Sie diese Kürzung nicht zurückgenommen hätten.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dass wir der Weiterbildung nun einen durchaus vertretbaren Konsolidierungsbeitrag von 5 Millionen € abverlangen, ist angesichts der Schuldenlast, die Sie uns hinterlassen haben, leider erforderlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Schäfer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein.

Meine Damen und Herren, es sind an diesem Tage sehr viele Zahlen genannt worden; wir haben sie strittig diskutiert. Erlauben Sie mir am Schluss noch ein Wort als Ministerin für Schule und Weiterbildung. Es ist wichtig, dass diese Zahlen sich umsetzen. Es ist wichtig, dass diese Zahlen in den Schulen ankommen. Ich weiß, dass es um diese Maßnahmen, die wir schon erfolgreich umgesetzt haben, besser in Schulen geworden ist. Und nur das, meine Damen und Herren, zählt. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 05**.

Ich rufe auf die laufende Nr. 36: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1694**. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 37: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1695**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 38: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1696**. Wer ist für den Antrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 39: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1697**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 40: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1698**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nr. 41: **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/1699**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.